

Spekulation: Gut oder böse?

Juso-Initiative / Wer Agrarrohstoffe handelt, braucht Geld und Spekulanten. Das soll mit der Spekulationsstopp-Initiative geändert werden.

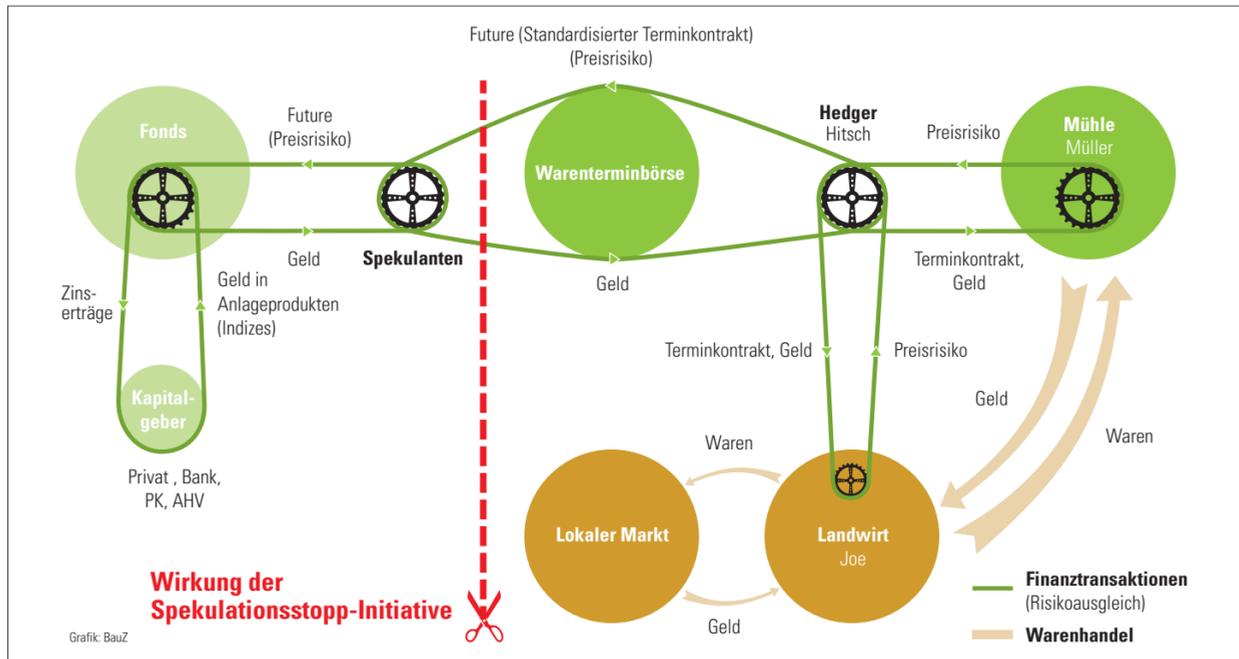
BERN ■ Die Jungsozialisten (Juso) würde sie am liebsten verbannen. Banken, andere Finanzinstitutionen und die Rohstoffbörse sind auf sie angewiesen: Die Rede ist von der Spekulation mit Nahrungsmitteln und Agrarrohstoffen.

Bauern und Verarbeiter wollen Risiken reduzieren

Bei der Spekulation geht es dabei um das Zusammenspiel von Anlegern, Spekulanten, Absicherern, Verarbeitern und Landwirten. Und es geht um Terminkontrakte, Futures, Preisindizes, Wetten und Profite, wie das folgende Beispiel zeigt. Die Geschichte beginnt mit einem Landwirt. Nennen wir ihn Joe. Joe hat im Oktober Winterweizen angesät und möchte seine Ernte im kommenden August sicher absetzen können. Den Ertrag schätzt er auf 100 t. Auf der anderen Seite steht die Mühle Müller. Diese plant rollend den Bedarf und weiss im Oktober, wie viel Weizen im August des Folgejahres benötigt wird: 100 t. Joe und Müller können über einen Getreidehändler den tatsächlichen Warenaustausch bereits planen und vorbereiten, indem ein Liefer- bzw. Abnahmevertrag unterschrieben wird. Dieser regelt bereits den Preis, den Lieferzeitpunkt und die Liefermenge.

Dabei gibt es ein Problem: Die Preisentwicklung. Denn weder Joe noch Müller wissen, wie sich die Rohstoffpreise im kommenden Herbst entwickeln werden. Deshalb schliessen beide unabhängig voneinander bei ihrem Absicherer Hitsch einen anderen Vertrag ab: einen Terminkontrakt an der Terminbörse.

Absicherer, auch als Hedger (vom Englischen «to hedge» = absichern) bezeichnet, handeln mit standardisierten Terminkontrakten, sogenannten Futures. Diese Futures beinhalten eine fix definierte Menge und einen zukünftigen Preis, der sich an der



Spekulanten handeln im Auftrag von Fonds, die wiederum auf Anfragen von Privaten und institutionellen Anlegern (Banken, Pensionskassen, Versicherungen) reagieren. Die Fonds übernehmen dabei an den Terminbörsen Preisrisiken und können im Gegenzug kleine Margen realisieren.

Terminbörse entwickelt. Und Futures sind zeitlich begrenzt, laufen also an einem definierten Stichtag aus.

Joe verkauft Hitsch im Oktober ein Weizenfuture über 100 t zu einem Preis von 1500 US-Dollar. Das Future läuft am 31. August aus.

Spekulanten erhöhen das Handelsvolumen

Damit Hitsch das nötige Geld hat, um die Terminkontrakte zu kaufen, ist er auf Geldgeber angewiesen. Geld, das ihm auch von Spekulanten zur Verfügung gestellt werden kann. Diese Spekulanten kaufen und verkaufen Futures, aber aus einem anderen Grund: Sie wollen auf die Preisentwicklung wetten. Sie wissen, dass die Preise von Weizen schwanken. Und sie wetten darauf, dass die Preise steigen oder fallen und verkaufen die Futures wieder, wenn der Kurs an der

Wareterminbörse in die gewünschte Richtung geht. Die Spekulanten übernehmen das Risiko, tragen die Gewinne und die Verluste der Kursentwicklungen der zukünftigen Preise. Die Auftraggeber der Spekulanten sind Fonds, die von Banken oder anderen Finanzinstituten betrieben werden. Das Ziel der Fonds ist, das Geld ihrer Anleger möglichst gewinnbringend an den Börsen arbeiten zu lassen, damit sie Zinsen zahlen können, die sie ihren Anlegern versprechen. Dazu bieten die Fonds ihren Anlegern strukturierte Produkte an. Diese fassen verschiedene Futures von verschiedenen Produkten in einen Index zusammen. Damit können die Fonds das Preisrisiko auf verschiedene Positionen verteilen und gleichzeitig den Anlegern ein Produkt mit bestimmten Gewinneigenschaften anbieten.

Der Terminkontrakt von Bauer Joe und seinem Hedger Hitsch ist dabei nur ein Teil eines solchen Index. Die Anleger geben dabei Geld investiert werden soll. Die Fonds wiederum sorgen dafür, dass insgesamt die entsprechenden Mischung an Terminkontrakten vorliegt und beauftragt die Spekulanten, entsprechend an den Terminbörsen einzukaufen. Damit steigt oder sinkt die Nachfrage nach Futures bestimmter Produkte auf den Terminbörsen. Mit den Preisen auf den lokalen Märkten hat dieser Futures-Handel noch nichts zu tun, da es sich um die zukünftig erwarteten Preise handelt. Im Falle von Joe um den erwarteten Preis im August des kommenden Jahres.

Im August ist dann die Ware tatsächlich vorhanden. Joe kann seine Ernte an Müller liefern, Müller

bezahlt dabei den Marktpreis. Weil die Ernte gut ausgefallen ist, ist der Preis tief und liegt bei 1000 Dollar. Damit kann Joe die Produktionskosten nicht decken. Aber Joe hat noch seinen Terminkontrakt, den er auf 1500 Dollar abgesichert hat. Joe kann nun mit seinen 1000 USD, die er von der Mühle erhält, den Terminkontrakt bei Hitsch zurückkaufen und glattstellen. Der Kursverlust von 500 Dollar tragen Hitsch und die Spekulanten. Wäre die Ernte tief ausgefallen und würde Joe bei Müller einen Preis von 2000 US-Dollar lösen können, würde er 500 Dollar verlieren, während Hitsch und Spekulanten einen Kursgewinn verzeichnen.

Ob und wie stark sich die lokalen Preise tatsächlich von den Preisentwicklungen auf den Terminbörsen beeinflussen lassen, ist derzeit wissenschaftlich kaum feststellbar. *Hansjürg Jäger*

Uneinige Bauern

Am 28. Februar werden die Schweizer Stimmbürger über die Spekulationsstopp-Initiative der Jungsozialisten (Juso) abstimmen. Die Juso fordert, dass der Bund «Vorschriften zur Bekämpfung der Spekulation mit Agrarrohstoffen und Nahrungsmitteln» erlässt. Der Ursprung der Initiative liegt in den Preissprüngen auf den globalen Rohstoffmärkten. Als sich 2008 die Preise für Mais, Weizen und Reis auf den Weltmärkten innert kurzer Zeit verdreifachten, konnten sich hunderttausende Menschen ihre wichtigsten Grundnahrungsmittel nicht mehr leisten. Sie litten Hunger.

Obwohl schnell klar wurde, dass Wechselkurse, die politischen Marktengriffe über die damals tiefen Lagerbestände eine entscheidende Rolle spielten, hat die Juso die Finanzindustrie ins Visier genommen. Die Partei fordert ein Verbot der Nahrungsmittelspekulation um den Hunger auf dieser Welt zu bekämpfen. Die Finanzbranche wehrt sich seither vehement gegen den geäußerten Generalverdacht. Die Gegner monieren, dass die Initiative nichts bewirken werde. Die Juso wolle ein Zeichen setzen, und nicht wirklich etwas gegen den Hunger auf dieser Welt unternehmen.

Auch die Bauern sind sich uneins. Während Bio Suisse und weitere bäuerliche und bauernnahe Organisationen die Initiative der Juso zusammen mit der SP, der EVP und den Grünen unterstützen, haben der Schweizer Bauernverband (SBV) und der Schweizer Bäuerinnen- und Landfrauenverband (SBLV) die Stimmfreigabe beschlossen. Wie SBV-Mediensprecherin Sandra Helfenstein sagt, gebe es Argumente für und gegen die Initiative. *Hansjürg Jäger*

SOLLEN DIE BAUERN DIE SPEKULATIONSSTOPP-INITIATIVE ANNEHMEN?

In den Jahren 2007/08 kam es zu weltweiten Hungerkrisen und extrem ansteigenden Preisen. Die Ursachen dafür waren zum einen das Bevölkerungswachstum und unterdurchschnittliche Ernten. Allein dadurch können die extremen Preisanstiege aber nicht erklärt werden, wie eine Studie der UNCTAD (Konferenz der Vereinten Nationen für Handel und Entwicklung) zeigt. Die Finanzialisierung der Rohstoffmärkte hat dazu geführt, dass Preisblasen, wie jene von 2007/2008 und 2011, immer wahrscheinlicher werden. Selbst bei kurzfristigen Preisspitzen können sich Menschen in Entwicklungsländern Lebensmittel nicht mehr leisten. Auch bei normalen Preisen wenden diese Menschen weit mehr als die Hälfte ihres Einkommens für die Ernährung auf. Ein starker Anstieg der Preise hat deshalb katastrophale Folgen für die Bevölkerung armer Länder: Hunger, aber auch Proteste, Unruhen und Gewalt sind Folgen davon.

Hinter den aussergewöhnlichen Preisausschlägen steckt die Spekulation mit Nahrungsmitteln. Heute führen 97 Prozent aller an Futures-Märkten gehandelten Rohstoffe nie zu einer realen Warenlieferung. Dass der Finanzsektor mittels Spekulation an einem existenziellen Grundbedürfnis, dem Essen, Gewinne verbucht, ist gewissenlos. Der Handel mit Lebensmitteln muss auf

die Realwirtschaft beschränkt werden, denn den realen Wert schaffen Bauern, Bäuerinnen und Verarbeiter. Die weltweit 2,6 Milliarden Kleinbauern tragen den grössten Teil zur Ernährung der Weltbevölkerung bei. Genau wie Bauern und Bäuerinnen hierzulande sind sie auf stabile Handelsbeziehungen und existenzsichernde Preise angewiesen.



Regina Fuhrer, Biobäuerin und Präsidentin der Kleinbauernvereinigung

Wir leben in einer globalisierten Welt und müssen lokal Verantwortung übernehmen. Der weltweite Handel mit Lebensmitteln fordert lokales Handeln. Der AHV-Fonds, einige Banken und Pensionskassen verzichten schon heute aus ethischen Gründen auf spekulative Geschäfte mit Nahrungsmitteln. Derzeit planen auch die USA und die EU gesetzliche Änderungen betreffend der Spekulation mit Nah-

rungsmitteln. Schweizer Banken und Konzerne sind im Spekulationsgeschäft mit Lebensmitteln jedoch ganz vorne dabei.

Die Schweiz sollte Verantwortung übernehmen und sich konsequent für eine weltweite Regulierung einsetzen. An der Abstimmung vom 28. Februar hat die Bevölkerung die Chance, ein deutliches Zeichen zu setzen gegen die unmoralische Spekulation mit Nahrungsmitteln. Die Initiative ermöglicht weiterhin den realen Handel und die terminliche Absicherung zwischen Rohstoffhandelsfirmen, Bauern und Verarbeitern. Die Zukunft gehört den fairen Preisen, der Wertschätzung der Lebensmittel und der weltweiten Solidarität unter Bauern, Bäuerinnen und Konsumenten und Konsumentinnen. Darum fordern wir gemeinsam: Stopp der Spekulation mit Lebensmitteln!

Die Initiative wird von folgenden bäuerlichen Organisationen unterstützt:

- Agrarallianz
- Bio Suisse
- Demeter Schweiz
- Kleinbauernvereinigung
- Biofarm
- Bioforum Schweiz
- Bauerngewerkschaft Uniterre und weitere rund 300 Landwirte (Gemäss www.spekulationsstopp.ch/landwirtschaft)

Die Jungsozialistische Partei der Schweiz (Juso) sieht Finanzinvestoren als einen der Hauptverursacher des Hungerproblems und will mit ihrer Initiative «keine Spekulation mit Nahrungsmitteln» Finanzinvestoren vom Handel auf den internationalen Terminmärkten für Agrarrohstoffe verbannen. Händler und insbesondere Produzenten sichern ihre Preisrisiken über diese Terminmärkte ab. Ermöglicht wird dies durch Investoren, welche die Preisrisiken übernehmen. Das verbessert die Versorgung der Märkte mit Lebensmitteln.

Und genau deshalb kann die Juso-Initiative keinen Beitrag im Kampf gegen den Hunger leisten. Im Gegenteil: Sie destabilisiert die Märkte und gefährdet dadurch eher die Nahrungsmittelversorgung. Bauern in Schwellenländern erhalten keine Hilfe vom Staat. Um ihr Risiko zu verringern, sichern sie sich auf Terminmärkten ab. Und die aktuelle Forschung zeigt: Je mehr Finanzinvestoren auf den Terminmärkten handeln, desto weniger stark schwanken die Preise. Das gilt insbesondere für die Grundnahrungsmittel Weizen und Mais. Die Preise für diese waren in den vergangenen Jahren deutlich stabiler als jene beim Reis. Für Reis gibt es praktisch keinen Terminhandel. Eine Annahme der Initiative würde dem in der Schweiz ansässigen, erfolgreichen Rohstoffhandel enorm schaden. Es ist zu erwarten, dass mit

der Initiative die bürokratischen Hürden für den Handel mit Nahrungsmitteln auf Terminmärkten dermassen hoch würden, dass kaum mehr wettbewerbsfähig gewirtschaftet werden könnte. Die Firmen, die hauptsächlich aus den Kantonen Genf und Zug operieren, wären gezwungen, eine Abwanderung ins Auge zu fassen. Damit schadet die Initiative nur



Christian Jörg, Agrarexperte und Vorstandsmitglied Commodity-Club

der Schweiz, im Gegenzug lindert sie das Hungerproblem aber nicht im geringsten.

Denn das Hungerproblem muss im Hinblick auf neun Milliarden Menschen auf unserem Planeten gelöst werden. In den nächsten 35 Jahren muss die landwirtschaftliche Produktion um weitere 75 Prozent gesteigert werden. Da das Kulturland weltweit schwindet, müssen die Erträge mit neuem Saatgut und

Präzisionslandwirtschaft gesteigert werden. Zudem sollte die Politik der ökologisch unsinnigen Biotreibstoffe überdacht werden, denn dadurch landen Lebensmittel eher im Tank als auf dem Teller.

Am wichtigsten ist jedoch: Es müssen vermehrt Investitionen in die Produktions- und Transportinfrastruktur getätigt werden – und das insbesondere auch in den ärmsten Regionen der Welt, in denen das Hungerproblem besonders gravierend ist. Denn die Preise in diesen Gebieten werden durch das lokale Angebot und die Nachfrage bestimmt und hängen nur schwach von den Weltmarktpreisen ab. Zielführende Entwicklungshilfe setzt deshalb hier an. Die Juso-Initiative adressiert die wahren Herausforderungen und Lösungsansätze des Hungerproblems hingegen nicht und zielt mit der Beschränkung des Terminhandels lediglich auf ihre klassischen Feindbilder. Zusammengefasst hilft die Initiative niemandem, schadet aber allen. Ich bitte Sie deshalb, die Initiative abzulehnen.

Folgende Organisationen sind gegen die Initiative

- Die grossen, bürgerlichen Parteien (SVP, CVP, FDP, BDP, GLP)
- Der Bundesrat
- Economiesuisse
- SBV und SBLV haben Stimmfreigabe beschlossen